Vorhaben BMG 2026

Vorhaben	Inhalt	Zeitplan
Vom Kabinett beschlossen		
Krankenausanpassungsgesetz	• Krankenhausreform wird praxistauglich gemacht – ohne die grundsätzlichen Ziele aus dem Blick zu verlieren: Spezialisierung, Bündelung von Kompetenzen, effizienter Personaleinsatz • Mehr Flexibilität für Planungen der Länder (Ausnahmen) • Steuermittel Transformationsfonds	im parlamentarischen Verfahren
Apothekenreform	• Vergütung: Zukünftig jährliche Verhandlungslösung zur Anpassung der Apothekervergütung; Ermöglichung von Skonti • Stärkung der Landapotheken: deutliche Anhebung des Zuschusses für Nacht- und Notdienste, flexible Öffnungszeiten, Modellprojekt begrenzte PTA-Vertretung in Landapotheken • Mehr Eigenverantwortung, weniger Bürokratie: erleichterte Austauschmöglichkeiten, wenn rabattierte Medikamente nicht vorrätig; Abschaffung Nullretaxation aus formalen Gründen; Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Ausnahmefällen bei Dauermedikation oder leichten Erkrankungen. • Mehr Prävention: Erweiterung der Impfmöglichkeiten für Apotheken; neue pharmazeutische Dienstleistungen (Herz-Kreislauf, Diabetes, Früherkennung); engere Zusammenarbeit Apotheken mit Arztpraxen bei pharmazeutischen Dienstleistungen, Schnelltests für Selbstzahler	im parlamentarischen Verfahren
Änderung Medizinal-Cannabisgesetz	• Verordnung von Medizinalcannabis ausschließlich nach persönlichem Arzt-Patienten-Kontakt • Reaktion auf massiv wachsende Fehlentwicklung: Importe von Cannabisblüten stiegen im Zeitraum vom 1. HJ 2024 zum 1. HJ 2025 um über 400 Prozent von 19 auf rund 80 Tonnen. Davon machen GKV-Verordnungen weiterhin nur rund 10 Prozent aus • Importmenge lag 2023 bei 32 Tonnen, im Jahr 2024 bei 73 Tonnen und für das Jahr 2025 wird die Importmenge auf 192 Tonnen geschätzt • Ausschluss des Versandhandels von Medizinalcannabis wegen umfassender Aufklärungs- und Beratungspflichten	im parlamentarischen Verfahren
Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen	• Direkte Kenntnisprüfung wird Regelfall der Anerkennung (zahn)ärztlicher oder pharmazeutischer Berufsqualifikation. Wegfall Dokumentenprüfung • Hebammen: Wahlrecht bzgl. Verzicht auf dokumentenbasierte Gleichwertigkeitsprüfung; direkt Kenntnisprüfung oder Anpassungslehrgang • Elektronische Datenübermittlung	im parlamentarischen Verfahren
Lebendorganspende-Reform	• Ermöglichung der Nierenspende auch zwischen zwei unterschiedlichen Paaren überkreuz	im parlamentarischen Verfahren
In Abstimmung		
Notfall- und Rettungsdienstreform	• Kernziel: gezielte Patientensteuerung in die bedarfsnotwendige Versorgungsebene durch verlässliche sektorenübergreifende Vernetzung aller Leistungserbringer	Ziel: Kabinett 1. Quartal

	• Bundesweite Errichtung von sog. Gesundheitsleitsystemen als digitale Vernetzung der Rettungsleitstellen 112 mit den Leitstellen der KVen unter der Rufnummer 116117 mit abgestimmten standardisierten digitalen Abfragesystemen • Bundesweite Etablierung von Integrierten Notfallzentren (INZ), die aus einer Notaufnahme eines Krankenhauses, ambulanten Notdienststrukturen und einer gemeinsamen Ersteinschätzungsstelle bestehen, zur Erstversorgung von Not- und Akutfällen • Förderung der Digitalisierung des Rettungsdienstes • Schaffung eines eigenen Leistungssegments „medizinische Notfallrettung“ im Recht der Gesetzlichen Krankenversicherung bildet Realität des Rettungsdienstes als hochspezialisiertem Dienst besser ab, schafft Leistungstransparenz und Rechtssicherheit bezüglich Finanzierung	
Medizinregistergesetz	• Verbesserung der Erhebung und Nutzung von Daten aus Medizinregistern; Anbindung an den europäischen Gesundheitsdatentraum (EHDS) • Einheitlicher Rechtsrahmen für ca. 400 medizinische Register mit Registerdatenbank und Zentralstelle für medizinische Register (ZMR) • Verbesserung der Datenqualität durch Erleichterungen bei der Datenerhebung und Datenverknüpfung. Gleichzeitig Absenkung des Bürokratieaufwands	Ziel: Kabinett 1. Quartal
<u>Geplante Vorhaben</u>		
GKV-Finanzreform	• Defizit von zweistelliger Milliardenhöhe für 2027 prognostiziert • Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung der GKV-Beiträge auf Basis der Ergebnisse der FinanzKommission Gesundheit • Nach Vorlage der Vorschläge Ende März wird sich unmittelbar die Gesetzgebung anschließen	Ziel: Abschluss 2026
Pflegereform	• Umfassende Pflegereform auf Basis der Vorarbeiten der Bund-Länder-Arbeitsgruppe • Überprüfung der Leistungen auf Zielgenauigkeit und Stärkung von Prävention und Rehabilitation • Maßnahmen zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung, für mehr Effizienz und weniger Bürokratie • Begrenzung der Entwicklung der Eigenanteile und nachhaltige Stabilisierung der Finanzen	Ziel: Abschluss 2026
Hilfsmittelgesetz	• Bürokratieabbau vor allem bei Präqualifizierung und Vertragsabschlüssen, klarere Vorgaben für Qualitätskontrollen durch Krankenkassen, rechtssichere Ausgestaltung Festbeträge für Hilfsmittel; Stärkung Informationsmöglichkeiten der Versicherten • weitere Regelungen zum Bürokratieabbau, zur Stärkung der Vor-Ort-Versorgung und zur Digitalisierung	RefE 1. Quartal
Digitalgesetz	• Zentraler Orientierungsrahmen ist das Update der Digitalisierungsstrategie mit Fokus auf drei etablierte Handlungsfelder (Prozesse, Daten, Technologien/Anwendungen) • Weiterentwicklung der ePA gemeinsam mit der gematik, damit weitere Anwendungen zügig in die Versorgung kommen • Förderung der Datennutzung mit dem Ziel einer versorgungsnahen Forschung, Patientensicherheit und Qualitätsverbesserung der Versorgung	RefE 1. Halbjahr

	• Betriebsstabilität der Telematikinfrastruktur und ihrer Anwendungen	
Primärversorgungssystem	• Patientensteuerung über Hausarzt bzw. digitale Ersteinschätzung • Ziel ist eine möglichst zielgerichtete Versorgung der Patientinnen und Patienten und eine schnellere Terminvergabe	RefE 2026
Gesundheitssicherstellungsgesetz	• Angesichts geopolitischer Risiken beinhaltet gesamtstaatliche Vorsorge die Aufrechterhaltung ziviler Gesundheitsversorgung, den Schutz der Bevölkerung sowie die Unterstützung der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte • Anpassungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems an nur bedingt vorhersehbare Szenarien, insbesondere mit Blick auf medizinische Gegenmaßnahmen und deren Bevorratung, ambulante und stationäre Kapazitäten, Infrastruktur, Personal, Transport von Patienten	RefE 2026
Pflege- und Gesundheitsexperten-Einführungsgesetz (APN)	• Einführung des Berufsbildes auf Master-Niveau • Absolventen sollen im Berufsrecht erweiterte Kompetenzen erhalten, die deutlich mehr Eigenverantwortung beinhalten • Damit einhergehend erweiterte Befugnisse im Sozialrecht, damit Absolventen Aufgaben in der Versorgung übernehmen können, die bisher Ärzten vorbehalten waren	RefE 1. Halbjahr
Pharma- und Medizintechnik-Dialog	• Modernisierung der AMNOG-Nutzenbewertung und Arzneimittel-Preisbildung mit Blick auf personalisierte Medizin • Zugang zu innovativen Therapien und nachhaltige Finanzierung • Beschleunigung und Entbürokratisierung bei klinischen Studien, Verbesserung der Entwicklung und Versorgung mit Medizinprodukten, bessere Nutzung von Gesundheitsdaten und KI bei der Arzneimittel-Entwicklung • Verbesserung der Liefersituation und Resilienz bei der Versorgung mit kritischen Arzneimitteln • Weiterentwicklung zu umfassender Pharma- und Medizintechnikstrategie der Bundesregierung	Finalisierung Pharma- und Medizintechnikstrategie 2. Halbjahr
<u>Weitere Vorhaben</u>		
Suizidpräventionsmaßnahmen in Gesetz und Suizidassistenzgesetz (Gruppenantrag); Änderung Implantateregistergesetz; Frauengesundheit, …		
<u>EU-Themen</u>		
Abschluss Verhandlungen zum EU-Pharmapaket; Critical Medicines Act – 2026 Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament; Überarbeitung der EU-Medizinprodukteverordnungen (Medizinprodukte In-vitro-Diagnostika) – Verhandlungen ab Q2/26; EU Biotech Act I – Verhandlungen voraussichtlich ab Ende Q1/26 Vorschlag einer Verordnung über die Überwachung und Kontrolle von Drogenausgangsstoffen – Verhandlungen voraussichtlich ab 1. HJ 26		